

# DEUTSCHE MEDICINISCHE WOCHENSCHRIFT.

Mit Berücksichtigung des deutschen Medicinalwesens nach amtlichen Mittheilungen, der öffentlichen Gesundheitspflege und der Interessen des ärztlichen Standes.

Begründet von Dr. Paul Börner.

XXVI. Jahrgang.

Redaction: Geh. Med.-Rath Prof. Dr. A. Eulenburg und Dr. J. Schwalbe, Berlin. — Verlag: Georg Thieme, Leipzig.  
W. Lichtensteinallee 3. W. Am Karlsbad 5. Rabensteinplatz 2.

## INHALT.

Die Zukunft der gerichtlichen Medicin in Preussen. Von Priv.-Doc. Dr. G. Puppe in Berlin. S. 493.

I. Aus der medicinischen Universitätsklinik in Göttingen: Ein „geheilte“ Fall von Diabetes mellitus. Von Dr. Zaudy, Ass.-Arzt. S. 496.

II. Aus der medicinischen Universitätsklinik in Berlin: Ueber die quantitativen Verhältnisse der nicht gährungsfähigen Kohlenhydrate im diabetischen Harn. Von Priv.-Doc. Dr. H. Rosin, I. Assistenten. S. 497.

III. Aus dem Laboratorium der medicinischen Universitätspoliklinik in Berlin: Ueber Benzoyl-ester und Kohlehydrate in normalen und in diabetischen Harnen. Von Dr. Frhrn. v. Alftan aus Helsingfors. S. 499.

IV. Aus dem chirurgischen Stadtlazareth in der Sandgrube in Danzig: Ueber metatraumatische alimentäre Glykosurie. Von Dr. M. Haedke, Ass.-Arzt. S. 501.

V. Aus der medicinischen Universitätspoliklinik in Berlin: Ueber die Brauchbarkeit der neueren Saccharometer zur quantitativen Bestimmung des Traubenzuckers im Harn. Von cand. med. A. Spaethe. S. 503.

Öffentliches Sanitätswesen: Zur Verbreitung der Zuckerkrankheit im preussischen Staate. Von Dr. G. Heimann in Berlin. S. 505. — Rapmund, Die gesetzlichen Vorschriften über die Schutzpockenimpfung. Ref. Oberimpfarzt Dr. L. Voigt in Hamburg. S. 506.

Ländliche Sanatorien für Chronischkranke, als Filialen der allgemeinen Krankenhäuser. Offener Brief an Herrn A. Eulenburg von Geh. Rath Prof. Dr. v. Ziemssen in München. S. 507.

Das Institut für medicinische Diagnostik in Berlin. S. 508.

Mittheilungen über Congresse. S. 508.

Kleine Mittheilungen. S. 508.

## Die Zukunft der gerichtlichen Medicin in Preussen.

Von Privatdocent Dr. G. Puppe, dirigirendem Arzt des Untersuchungsfängnisses in Berlin.

Mit banger Sorge sieht die gerichtliche Medicin in die Zukunft. An zwei Fragen, welche bald ihre Lösung finden müssen, ist sie in hervorragender Weise interessirt, der Neuregelung der kreisärztlichen Functionen und der Neuregelung der medicinischen Prüfungen. Werden ihre dringenden Wünsche hierbei berücksichtigt werden?

Nach § 9 des Gesetzes, betreffend die Dienststellung des Kreisarztes etc. vom 16. September 1899 soll der Kreisarzt der Gerichts- arzt seines Amtsbezirkes sein. „Wo besondere Verhältnisse es erfordern, kann die Wahrnehmung der gerichtsärztlichen Geschäfte besonderen Gerichtsärzten übertragen werden.“ Diese Bestimmungen haben, wie angeführt, Gesetzeskraft erhalten, nur die Dienstanweisung für die Kreisärzte steht noch aus. Die gerichtliche Medicin hat ein sehr grosses Interesse daran, dass von der Möglichkeit der Creirung besonderer Gerichtsärzte ein möglichst weitgehender Gebrauch gemacht werde.

Jede lebenskräftige Disciplin hat ihre Vertreter; sie allein halten das Interesse an der Disciplin, an dem, was ihr eigenthümlich ist, lebendig. Fehlen die Vertreter der Idee, so fehlt dem Körper die Lebensader. So ist es mit der gerichtlichen Medicin. Die Zahl derjenigen Aerzte, welche als Gerichtsärzte für ausschliessliche Vertreter der gerichtlichen Medicin gelten können, beträgt in Preussen im ganzen — sieben: vier in Berlin, je einer in Breslau, Königsberg und Köln. In allen anderen Gebieten der Monarchie sind die Gerichtsärzte zugleich Gesundheitsbeamte, und damit sind ihre Interessen — nicht zum Vortheil der gerichtlichen Medicin — in einen Zwiespalt gerathen. Nach dem Inkrafttreten des Kreisarztgesetzes wird diese Zersplitterung der Interessen noch erheblich zunehmen, da die sanitätspolizeilichen und hygienischen Aufgaben des Kreisarztes eine Vermehrung erfahren, gerichtlich-medicinische Interessen also weiter in den Hintergrund gedrängt werden müssen.

Drei Factoren sollten ausser denen, welchen das Wohl und Wehe der gerichtlichen Medicin am Herzen liegt, sich ebenfalls für eine Erledigung der Angelegenheit interessiren, die Aerzte, die Juristen und das rechtsuchende Publikum. Allein was zu-

nächst die Aerzte betrifft, so stehen sie den Bestrebungen der gerichtlichen Medicin — einige ausgenommen, welche noch die Blüthezeit der Disciplin unter Casper kannten — interesselos gegenüber. Die meisten haben, wie es die heutige Zeitströmung mit sich gebracht hat, Spezialinteressen, und dabei bleibt für die gerichtliche Medicin nicht mehr viel übrig, andere sind in Standesinteressen, andere wieder in der Ausübung der Praxis aufgegangen — kurz lebhaftere Fürsprecher hat die gerichtliche Medicin unter den Aerzten nicht.

Aber die Juristen sollten wie ein Mann einen geschlossenen Stand der Gerichtsärzte mit besonderer specialistischer Ausbildung wünschen. Sie sind jetzt nach den bestehenden Vorschriften zwar in der Lage, jedweden Arzt als Sachverständigen in jedweder Sache zu laden. Eine derartige Möglichkeit mag ja auch immerhin bestehen bleiben. Aber darauf, dass die Ausbildung der Gerichtsärzte eine bessere wird, kommt es an, dann wird auch der Durchschnitt der gerichtsärztlichen Leistungen ein wesentlich anderer sein als jetzt. Und wenn der Richter über ein mangelhaftes Gutachten des Gerichtsarztes klagt, dann mag er nicht vergessen, dass seine Indifferenz mit zur Verschlimmerung des Zustandes der gerichtlichen Medicin beigetragen hat.

Das Publikum hat der curativen Medicin sein Interesse entgegengebracht, und dank der Unterstützung des Volkes, resp. seiner Vertreter sind unter der Aegide unseres Ministeriums Universitätsinstitute entstanden, welche ihresgleichen suchen. Auch die öffentliche Medicin hat davon profitirt. Die Hygiene, hervorgegangen aus der alten Staatsarzneikunde, blüht und erfreut durch ihre Leistungen, Leben und Gesundheit des Volkes schützend und verbessernd. Aber die Staatsarzneikunde selbst, wie der alte ruhmvolle Name der gerichtlichen Medicin lautet, ist darüber in Vergessenheit gerathen. Man hat wohl anerkannt, dass der forensischen Psychiatrie etwas geholfen werden müsse, und hat Fortbildungskurse in Psychiatrie für die Physiker eingerichtet, aber dass dem interessirtesten Physiker auch schliesslich Kenntnisse in der gerichtlichen Medicin verloren gehen, wenn er z. B. nicht mehr als drei bis vier Obductionen im Jahre macht, und dass man dem durch gerichtlich-medicinische Fortbildungscourse begegnen müsse, hat noch niemand eingesehen — oder wenigstens gehörig zum Ausdruck gebracht, mit vereinzelt Ausnahmen. Das Publikum, welches sein Recht sucht und sich in tiefster Seele verletzt fühlt, wenn es sein Recht nicht findet, sollte doch endlich

davon Kenntniss nehmen, dass die Ausbildung seiner Gerichtsärzte noch viel zu wünschen übrig lässt. Es sollte sich für diese Frage interessiren und den Bestrebungen, welche auf eine Besserung der jetzigen Zustände hinauslaufen, die lebhafteste Förderung angedeihen lassen.

Machen wir uns doch einmal klar, was denn die gerichtliche Medicin eigentlich lehrt und wie sie es lehrt oder zu lehren gezwungen ist. Sie ist zunächst ein Theil der Medicin, der in sich abgeschlossen ist, der zwar gewisse Berührungspunkte mit den anderen Disciplinen der Medicin darbietet, aber seinem Wesen wie der Form nach spezifisch ist. Ihr Inhalt sind die medicinischen Fragen, die bei Entscheidung rechtlicher Probleme in Betracht kommen. Und da es der Jurisprudenz nie um die Heilung von Krankheitszuständen zu thun ist, so erhält schon ohne weiteres, dass die Fragen der gerichtlichen Medicin mit denen der curativen Medicin nichts zu thun haben. Ihr Gebiet zerfällt in mehrere Abschnitte: einmal liegt ihr ob die Prüfung des Gesundheitszustandes unter Berücksichtigung gesetzlich festgelegter (straf- und civilrechtlicher) Normen; sodann lehrt sie die Feststellung des Todes und der Todesart, insbesondere des gewaltsamen Todes, drittens zeigt sie die Erscheinungsformen des Sexuallebens in ihren Beziehungen zu Civil- und Strafrecht, und endlich lehrt sie die forensische Beurtheilung krankhafter Geisteszustände.

Diese Aufzählung zeigt ohne weiteres die Spezifität der gerichtlichen Medicin. Welch ein Zweig der Medicin lehrt z. B. die Erkennung der gewaltsamen Todesarten? Schon der Name sagt es, dass es sich hier in der Regel um plötzliche Todesfälle handelt, die das Individuum mitten in vollster Gesundheit treffen. Eine Klinik der gewaltsamen Todesarten giebt es eben nicht, und da die übrigen Zweige der Medicin lediglich nach klinischen Bedürfnissen aufgebaut sind, so geht daraus hervor, dass der heutige Arzt, der nach bestandnem Examen ins Leben tritt, von den gewaltsamen Todesarten nichts oder wenigstens verzweifelt wenig wissen wird. Auch die pathologische Anatomie bietet nichts hierher gehörendes; denn auch sie ist gänzlich im Dienst der Krankenfürsorge, resp. der Klinik, deren Ergebnisse sie kontrollirt. Wer von den übrigen Zweigen der Medicin soll ferner die Erkennung anscheinend unkenntlicher Spuren von Verbrechen, wie Blutspuren, vermitteln? Wer die Bestimmung der Zeit des Todes? Wer die Kenntniss der Fäulnisvorgänge unter den verschiedenen Bedingungen, wer die Lehre vom abnormen Geschlechtstrieb, um nur einiges zu nennen?

Und das sind alles Fragen, die jedem Arzt vorgelegt werden können und vorgelegt werden. Man bedenke doch, dass derjenige Arzt, welcher beispielsweise zuerst an die Stelle eines Verbrechens gerufen wird, nicht ein Gerichtsarzt ist, sondern der nächste, am leichtesten erreichbare. Aber da er derartige Probleme niemals studirt hat, so wird er in der Regel nichts zur Aufklärung des Falles beitragen können oder durch unsachgemässe Vermuthungen die Untersuchung erschweren und in falsche Bahnen lenken.

Die gerichtliche Medicin lehrt aber weiter in formaler Beziehung, die Resultate der Untersuchung so zu ziehen, dass sie dem Richter auch verwerthbar werden; dies geschieht dadurch, dass das Gutachten gesetzlich festgelegte Begriffe aufsucht und gesetzlich festgelegte Fragen beantwortet. Medicinische Kenntnisse allein machen deshalb den Arzt noch lange nicht zu einem tüchtigen Gerichtsarzt; er muss sich vielmehr in dieser formalen Beziehung in den Rahmen der juristischen Praxis einfügen verstehen.

Gelehrt wird gerichtliche Medicin auf allen preussischen Hochschulen; das klingt, als ob es ausreichend wäre, die Prüfung der Verhältnisse wird aber das Gegentheil erweisen. Ein erspriesslicher Unterricht kann bei diesem Fache, wo alles auf die Anschauung ankommt, nur gegeben werden an der Hand eines Instituts mit gehörigem Material. Wir werden weiter unten darauf zurückkommen, wie das Material eines gerichtlich-medicinischen Instituts beschaffen sein muss, wenn es den billigen Anforderungen genügen soll, constatiren hier aber ausdrücklich, dass es in Preussen nur ein Institut giebt, die Berliner Unterrichtsanstalt für Staatsarzneikunde. Der Leiter dieses Instituts bezieht ein, wenn auch nicht sehr erhebliches Gehalt (1800 M.); zwei Assistenten stehen ihm zur Seite. Das Material des Instituts ist klein, unbeständig und von allerlei Zufälligkeiten abhängig. An den übrigen preussischen Hochschulen besteht kein Institut, und die Vertreter der gerichtlichen Medicin sind deshalb gezwungen, den Lehrstoff rein theoretisch vorzutragen; Gehalt erhalten sie nicht, nur an

drei Hochschulen werden Remunerationen im Betrage von je 900 M. gezahlt.<sup>1)</sup>

In Berlin liest der Leiter des genannten Instituts, ein Extraordinarius, ein zweistündiges Colleg über gerichtliche Medicin und einen vierstündigen Sections- und Demonstrationscursus, ausserdem leitet er Arbeiten im Institut privatissime. Ein Privatdocent liest über gerichtliche mikroskopische Diagnostik, ausserdem theilhaft er sich an der Leitung des genannten Demonstrations- und Sectionscursus, endlich liest er ein Publicum über Gesetzeskunde für Mediciner. Mehrere Professoren lesen über forensische Psychiatrie. In Bonn liest ein Extraordinarius, der zugleich Pädiatrie vertritt, ein zweistündiges Colleg über gerichtliche Medicin für Juristen. In Breslau liest ein Extraordinarius publice über Kindesmord, sowie zweistündig über gerichtliche Medicin, auch für Juristen. In Göttingen liest ein Privatdocent (pathologischer Anatom) über gerichtliche Medicin — gratis einstündig; ein Psychiater (Ordinarius) liest 1½stündig über gerichtliche Psychiatrie. In Greifswald liest ein Extraordinarius dreistündig über gerichtliche Medicin mit Demonstrationen, ausserdem hält er ein gerichtliches Practicum ab. In Halle liest ein Ordinarius (Pharmakolog) zweistündig über gerichtliche Medicin für Mediciner und Juristen; ein Privatdocent liest über gerichtliche Psychiatrie einstündig gratis. In Kiel trägt ein Extraordinarius dreistündig über theoretische gerichtliche Medicin vor. In Königsberg liest ein Extraordinarius über gerichtliche Medicin mit Demonstrationen und eventuellen Leichenöffnungen dreistündig; ausserdem behandelt ein Psychiater einstündig die gerichtliche Psychiatrie. In Marburg endlich liest ein Extraordinarius zweistündig über gerichtliche Medicin für Mediciner.

Noch schlechter sind die Verhältnisse auf den übrigen deutschen (ausserpreussischen) Hochschulen. In Erlangen wird überhaupt keine gerichtliche Medicin gelesen, in München liest ein Ordinarius über gerichtliche Medicin, ausserdem hält er ein gerichtliches Practicum ab. In Würzburg hält ein Privatdocent ein gerichtlich-medicinisches Practicum für Juristen. In Freiburg liest ein Extraordinarius (pathologischer Anatom) zweistündig über gerichtliche Medicin. In Giessen veranstaltet ein Ordinarius (pathologischer Anatom) einstündig gerichtliche Demonstrationen für Juristen. In Jena liest ein Extraordinarius über gerichtliche Medicin zweistündig. In Leipzig liest ein Extraordinarius zweistündig über gerichtliche Medicin, ausserdem hält er ein gerichtlich-medicinisches Practicum ab. Ein Ordinarius liest über forensische Psychiatrie. In Rostock, in Strassburg und in Tübingen wird nur über gerichtliche Psychiatrie gelesen, in Heidelberg desgleichen, obwohl Heidelberg die einzige nicht preussische Hochschule ist, welche ein „Institut für Hygiene und gerichtliche Medicin“ besitzt.

Wie anders ist dagegen die Physiognomie der gerichtlichen Medicin ausserhalb Deutschlands. In Oesterreich finden wir an allen Universitäten Institute für gerichtliche Medicin mit ausreichendem Material. In Wien liest ein Ordinarius fünfstündig über gerichtliche Medicin und einstündig über Leichenerscheinungen. Ein Extraordinarius und ein Docent geben zehnstündig praktische Curse der gerichtlichen Medicin; der Extraordinarius liest überdies zweistündig über Identitätsbestimmung an Lebenden und an Leichen. In Prag hält ein Ordinarius dreistündig ein Practicum ab, ferner zweistündig gerichtliche Secirübungen, in Graz liest ein Ordinarius ebenfalls fünfstündig über gerichtliche Medicin, zweistündig hält er gerichtlich-medicinische Uebungen ab, in Innsbruck endlich liest ein Extraordinarius fünfstündig über gerichtliche Medicin, ferner hält er gerichtlich-medicinische Secirübungen ab, überdies ein Practicum für Physikatcandidaten; er giebt ferner eine Einleitung in die wichtigsten forensischen Untersuchungsmethoden und leitet endlich Arbeiten im gerichtlich-medicinischen Institut.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in der Schweiz, in Belgien und Frankreich, wo Ordinarien die gerichtliche Medicin vertreten. Der Doyen der Pariser Facultät ist der Vertreter der gerichtlichen Medicin. In Italien, Russland, England und Japan finden wir analoge Verhältnisse. Spanien hat auf jeder seiner Universitäten einen Catedratico, Portugal einen Lente, d. h. ordentliche Professoren der gerichtlichen Medicin. Rumänien hat ein musterhaft eingerichtetes Institut in Bukarest, ebenso Ungarn in Pesth. Und überall finden wir auch die Bestimmung, dass das Hören einer gerichtlich-medicinischen Vorlesung oder eines Curses obligatorisch ist und dass im Examen in unserem Fach geprüft wird. Das ist ausserordentlich wesentlich, denn der Student hört bekanntlich nur die Vorlesung über einen Gegenstand, dessen Kenntniss im Examen später von ihm gefordert werden wird. Wo also derartige Vorschriften bestehen, finden wir ein reges Interesse

<sup>1)</sup> C. Seydel, Ueber den Unterricht in der gerichtlichen Medicin in Preussen. Zeitschrift für Medicinalbeamte 1900, No. 9.

für die gerichtliche Medicin, und wo kein Examenszwang besteht, wie in Deutschland — Interesselosigkeit.

Auch die Ausbildung der Physikatscandidaten muss in Preussen als eine nicht genügende bezeichnet werden. Die Verpflichtung, dass die Candidaten als Studenten eine Vorlesung über gerichtliche Medicin belegt haben müssen, giebt keines Falls eine Gewähr dafür, dass sie die Vorlesung nun auch wirklich gehört haben. Offizielle Vorbereitungscurse, wie sie in Bayern de facto bestehen, wo sie von den Examinatoren selbst abgehalten werden, giebt es in Preussen nicht — und so kommt es vor, dass jemand das Physikatsexamen besteht, der in seinem Leben noch keinen Fall von gewaltsamem Tod auf dem Secirtische untersucht hat.

Wir erkennen gern und ausdrücklich an, dass von Seiten mancher Physiker in der gerichtlichen Medicin Gutes, von einigen sogar Vortreffliches geleistet worden ist, möchten aber doch nicht unterlassen, auf einige in der Litteratur niedergelegte Fälle zu verweisen, aus denen hervorgeht, dass die Leistungen billigen Anforderungen keineswegs entsprechen.

Bekannt ist, wie in dem Xantener Ritualmordprozeß Buschoff der Staatsanwalt die Leistungen der gerichtlichen ärztlichen Sachverständigen in öffentlicher Rede als minderwerthig bezeichnete.<sup>1)</sup> Bekannt ist ferner aus einem Bericht von Ungar, was für Fehler gerichtliche Sachverständige in einer einzigen Provinz innerhalb einer verhältnissmässig kurzen Zeit sich haben zu Schulden kommen lassen<sup>2)</sup>; sämmtlich beziehen sie sich auf Gutachten bei gerichtlichen Obductionen.

„In einem Falle hatten sich die Obducenten bestimmt dahin ausgesprochen, dass die Todesursache des Kindes Erstickung sei und dass Verletzungen am Halse als Eindrücke von Fingernägeln aufzufassen seien, während sich dies nicht einmal mit einiger Sicherheit behaupten liess.

In einem anderen Falle hatten die Obducenten constatirt, dass Erstickung durch Gegendrücken eines weichen Körpers gegen die „Athmungsorgane“ bewirkt worden sei. Für diese Behauptung fehlte jeder Anhalt.

In einem weiteren Falle hatten die Obducenten ohne jede Berechtigung das Gutachten abgegeben, der Tod sei durch Erstickung, und zwar durch Zusammendrücken des Halses bewirkt.

In zwei Fällen hatten die Obducenten Blutungen in den weichen Kopfbdeckungen oder in der Schädelhöhle bei Neugeborenen als Folgen von Misshandlungen hingestellt und auf diese den Tod zurückgeführt, während hierfür jeder Beweis fehlte, da die vorgefundenen Blutungen die Folge des Geburtsaktes sein konnten und wahrscheinlich auch waren.

Ein anderes Mal hatten die Obducenten angenommen, die einzelnen Schädelknochen der Leiche eines Neugeborenen seien durch gewaltsame Einwirkung auf den Schädel aus ihren Nähten gelöst worden und hierdurch sei das Leben vernichtet worden, während offenbar die hochgradige Fäulniss diese Veränderungen am Schädel bewirkt hatte und für die Einwirkung einer äusseren Gewalt jeder Anhalt fehlte.

Bei einer Zusammenhangstrennung im Schläfenbein hatten die Obducenten es für ausgeschlossen erklärt, dass die Verletzung durch einen Faustschlag hätte entstanden sein können. Unserer Revisionsbemerkung, dass dies keineswegs ausgeschlossen sei, schloss sich die wissenschaftliche Deputation an.

In diesen Fällen war das Gutachten offenbar geeignet, die Rechtsprechung zu Ungunsten der Beklagten irrezuführen.

In folgenden Fällen war es geeignet, die Sühnung eines Verbrechens zu vereiteln:

Bei einer Schädelverletzung war angenommen worden, dass dieselbe nicht mit dem Tode in ursächlichem Zusammenhange stehe, also eine verbrecherische Veranlassung des Todes nicht vorliege, während dies wohl anzunehmen war.

Bei einer Blutung im Gehirn sprachen sich die Obducenten dahin aus, dass dieselbe nicht durch äussere Gewalt veranlasst gewesen sei, während sich für diese Annahme hinreichender Anhalt darbot.

In einem Falle, in welchem Tod durch Erdrosseln mittels eines noch um den Hals der Leiche eines Mädchens liegenden Strickes in Frage kam, schlossen die Obducenten dies aus, während das Medicinalcollegium und die wissenschaftliche Deputation Tod durch Erdrosseln als wahrscheinlich annehmen mussten.

Auf die Frage des Richters, ob Anhaltspunkte dafür vorhanden waren, dass das obducirte Kind, bei dem in den Scheitelbeinen und der bedeckenden Kopfschwarte feine Oeffnungen vorgefunden waren, durch eine unnatürliche Einwirkung zu Grunde gegangen sei, hatten die Obducenten mit „Nein“ geantwortet und diese Oeffnungen als sogenannte Knochenemissarien erklärt, während höchstwahrscheinlich der Tod durch Einbohren von Stricknadeln in den Schädel erfolgt war.“

<sup>1)</sup> Seydel l. c.

<sup>2)</sup> Ungar: Zur Frage der Aufhebung der Provinzial-Medicinalcollegien. Aertzliche Sachverständigen-Zeitung 1897, XX.

Wenn Ungar aus diesen Fällen den Schluss zieht, dass die Provinzialmedicinalcollegien, welche die Obductionsprotokolle revidiren, beibehalten werden müssten, so will ich dem nicht widersprechen. Jedenfalls erscheint aber der weitere Schluss am Platze, dass die Vorbildung der Gerichtsärzte eine andere und bessere werden muss, damit solche schweren Versehen vermieden werden — und sie wird besser werden, wenn jeder angehende Arzt im Staatsexamen in gerichtlicher Medicin geprüft wird und wenn jeder Physikatscandidat an einem gerichtlich-medizinischen Institut einen Ausbildungscursus durchgemacht haben muss, bevor er überhaupt zur Prüfung zugelassen wird.

Der Entwurf der neuen Prüfungsordnung für Aerzte, auf den wir eingangs hinwiesen, scheint uns demnach nicht das Richtige zu treffen. Der vorgeschlagene Weg, nämlich wahlweise gerichtliche Medicin, Psychiatrie und Kinderheilkunde, statt gewisser anderer Disciplinen zu prüfen, wird nicht dazu führen, dass jeder Arzt gerichtliche Medicin treiben muss. Die Maassregel würde nur eine halbe sein, und durch Halbheiten wird der Sache nicht genützt. Die von uns geforderte obligatorische Prüfung in gerichtlicher Medicin würde, wie uns scheint, zweckmässig mit einer solchen in Psychiatrie verbunden werden können.<sup>1)</sup>

Wenn wir oben gerichtlich-medizinische Institute an jeder Universität als für einen erspriesslichen Unterricht unumgänglich nöthig hinstellten, so möchten wir noch mit einigen Worten auf Unterricht und Material derselben zurückkommen.

Was zunächst den Unterricht betrifft, so würde neben einem theoretischen Colleg über gerichtliche Medicin auch die für Aerzte nöthige Kenntniss der Gesetze gelehrt werden müssen. Der junge Arzt muss wissen, wie weit seine Verantwortlichkeit reicht, wenn er das Recht zu ärztlichen Eingriffen hat, was es mit dem Berufsgeheimniss auf sich hat u. s. w., er muss ferner die wichtigsten sanitäts- und medicinalpolizeilichen Vorschriften kennen und ebenso die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Daneben würde ein Demonstrations- und Sectionskurs sowie ein Cursus der gerichtsärztlichen mikroskopischen Diagnostik gehalten werden müssen (pathologisch-anatomische Diagnostik, Blut-, Haar- und Spermauntersuchungen).

Den Grundstock des Materials eines jeden gerichtlich-medizinischen Instituts würden natürlich die aus gerichtlichen Sectionen herrührenden Präparate bilden. Nach dem geltenden Recht ist die Voruntersuchung geheim; das hindert aber nicht, dass die Präparate jeder Section zu Demonstrationszwecken verwendet werden können. Vielleicht liesse sich sogar ein Abkommen mit dem Justizminister treffen, dass ein beschränkter Kreis von Zuschauern zu einer gerichtlichen Section zugelassen wird. Denn es ist schliesslich sonderbar, dass die Rechtspflege ausgebildete Gerichtsärzte von der Medicin beansprucht, den angehenden Gerichtsärzten aber jede Gelegenheit zur Ausbildung abschneidet. Jedenfalls aber soll der Director des Instituts als I. oder II. Obducent an jeder Section theilhaftig sein, die in dem betreffenden Landgerichtsbezirk gemacht wird, so dass er über jeden Fall orientirt ist und ein Anrecht auf die Präparate hat; es darf nicht vorkommen, dass sich ein Gerichtsarzt auf eigene Faust eine Präparatensammlung anlegt und das Gedeihen der Sammlung des Instituts so erschwert.

Ein zweites wichtiges Unterrichtsmittel wären sanitäts-polizeiliche Obductionen. Heller<sup>2)</sup> hat sich vor einiger Zeit hierüber eingehend geäussert, und wir schliessen uns ihm im ganzen an, indem wir gleichzeitig diese Sectionen für die gerichtlich-medizinischen Institute reklamiren. Sie haben stattzufinden:

1. Bei allen plötzlichen Todesfällen, bei denen eine Todesursache mit Sicherheit nicht festgestellt werden kann;
2. bei allen Todesfällen unter verdächtigen Umständen, bei denen zunächst zur Ausführung einer gerichtlichen Obduction kein Anlass vorliegt;
3. bei Selbstmördern, soweit dieselben nicht an Anatomieen abgeliefert werden müssen;
4. bei Todesfällen, bei welchen Verdacht auf eine Infectiouskrankheit, insbesondere Lepa, Cholera asiatica, Flecktyphus, Gelbfieber, Pest, Pocken<sup>3)</sup> besteht, wenn der beamtete Arzt die Feststellung der Krankheit für nothwendig erachtet;
5. bei allen im Wochenbett verstorbenen ledigen Personen;
6. bei

<sup>1)</sup> Puppe, Gerichtliche Medicin und Gesetzeskunde für Mediciner. Aertzliche Sachverständigen-Zeitung 1898, XX.

<sup>2)</sup> Heller, Ueber die Nothwendigkeit der gesetzlichen Einführung von Verwaltungssectionen. Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medicin und öffentliches Sanitätswesen 1897, Bd. XIII.

<sup>3)</sup> cf. § 7 des Gesetzes betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.

allen verstorbenen unehelichen Kindern bis zum schulpflichtigen Alter. Ob der Erlass eines Gesetzes betreffend die Ausführung von Verwaltungssectionen erforderlich ist, oder ob dieselben nicht als eine Maassregel der Landespolizeibehörde eingeführt werden können, mag dahingestellt bleiben. Wir bemerken ausdrücklich, dass die Sectionen in den mit einem gerichtlich-medicinischen Institut versehenen Universitätsstädten daselbst ausgeführt und als Unterrichtsmaterial benutzt werden können, nach Ermessen des Institutsleiters. Da, wo, abgesehen von den Universitätsstädten, besondere Gerichtsärzte angestellt sind, würden die Sectionen von diesen oder ihren Assistenten auszuführen sein, wenn es zu einer allgemeinen Einführung der Verwaltungssectionen kommen sollte.

Drittens kommen als Material für den gerichtlich-medicinischen Unterricht Untersuchungen an Lebenden in Betracht, Beurtheilung von Körperverletzungen, von Erwerbsfähigkeit, von Gemüthszuständen u. dgl. m., die, dem betreffenden Institutsleiter als ärztlichem Sachverständigen übertragen, sich häufig zu Demonstrationszwecken werden verwenden lassen.

In kleineren und mittleren Universitätsstädten werden Feststellungen von Erwerbsbeschränkung nach Unfällen und von Invalidität ebenfalls häufig Sache des Institutsleiters als Vertrauensarztes der Schiedsgerichte etc. sein, und diese Untersuchungen würden dann eine vierte Materialgruppe für das Institut bilden können. Für Berlin ist bereits in dankenswerther Weise auf die Errichtung eines besonderen Lehrstuhles für diese Untersuchungen Bedacht genommen worden.

Fünftens kämen dem Institut Blut- und Sperma-Untersuchungen als Unterrichtsmaterial zu Gute. Leider besteht seitens der allermeisten Gerichte noch immer die Gepflogenheit, die der entsprechenden zoologischen Schulung entbehrenden „sachverständigen Chemiker“ mit derartigen Prüfungen zu beauftragen. Es ist dies im Interesse der Sache und im Interesse der gerichtlichen Medicin zu bedauern. Der Chemiker, der die Physiologie und Pathologie des Blutes nicht studirt hat, kann unmöglich der Berufene sein, um derartige heikle Fragen in befriedigender Weise zu beantworten. Und der gerichtlichen Medicin gehen so Probleme verloren, die zu ihrer Fortentwicklung nothwendig sind. Dass die wichtigsten Blutuntersuchungsmethoden, insbesondere die Spektroskopie von Aerzten gefunden und verwendbar gemacht sind, mag nebenher erwähnt werden. Wenn endlich ein bekannter Gerichtschemiker, der in seinem Fach und in der gerichtlichen Photographie Tüchtiges leistet, von einem Richter beauftragt wird, die Provenienz einer Stichverletzung auf dem Wege der Photographie festzustellen, so weiss man wirklich nicht, über wen man sich mehr wundern soll, über den Richter, der einen derartigen rein medicinischen Auftrag einem Chemiker ertheilt, oder über den Chemiker, der diesen Auftrag übernimmt — und ausführt.<sup>1)</sup> Charakteristisch für die Werthschätzung mancher Gerichtsärzte seitens der Richter ist diese Begebenheit auf jeden Fall.

Wir sind am Ende unserer Darlegungen. Seit dem Beginn der Entwicklung der Hygiene zu einer selbständigen Disciplin befindet sich die gerichtliche Medicin in einer äusserst ungünstigen Lage; der Zustand ist so schlecht, dass diejenigen, denen das Fach am Herzen liegt, nur hoffen, aber nichts mehr fürchten können. Die Neuregelung der medicinischen Prüfungsordnung wird uns aber, so hoffen wir mit fester Zuversicht, endlich eine Besserung in dem Sinne bringen, dass obligatorisch jeder angehende Arzt in der gerichtlichen Medicin geprüft werden muss. Wir hoffen ferner, dass die Zulassung zum Physikatsexamen von der vorherigen Absolvierung obligatorischer Vorbereitungscurse abhängig gemacht wird, die an den gerichtlich-medicinischen Instituten abzuhalten sein werden, und ebenso hoffen wir auf die Einführung von Fortbildungscursen für amtirende Physiker und Gerichtsärzte. Von der Dienstanweisung, betreffend die Ausführung des Gesetzes über die Dienststellung des Kreisarztes aber erwarten wir mit Bestimmtheit eine erhebliche Vermehrung der Gerichtsarztstellen; denn nur das ungetheilte Interesse für die gerichtliche Medicin, das nicht durch ständig zunehmende sanitäts-polizeiliche Geschäfte unterdrückt wird, kann die Gewähr dafür geben, dass zum Besten der Rechtspflege und zum Besten des Recht suchenden Publikums ein Stand von Gerichtsärzten sich entwickelt, wie er unserem Vaterlande schon lange zu eigen sein sollte. Denen aber, die diesen Bestrebungen hindernd in den

Weg treten, schieben wir die Schuld zu, wenn die der Rechtspflege dienende gerichtliche Medicin weiter in ihrer inferioren Rolle beharrt.

<sup>1)</sup> Puppe l. c.